

**FINANZPROKURATUR**

Singerstraße 17-19

1011 Wien

Tel. 757641 (Durchwahl) PSKto. 5500.017

• II/25727

An die  
Kanzlei des Präsidenten  
des Nationalrates1010 W i e n

Betreff	UNGESETZENTWURF
Zl.	23 .GE. 88
Datum:	13. APR. 1988
Verteilt	13. April 1988

*Justiz*  
*H. H. H. H.*

Betr.: Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das  
ZDG geändert werden soll  
(ZDG-Novelle 1988);  
Stellungnahme der Finanzprokuratur  
25 Beilagen

Im Sinne des Ersuchens des Bundesministeriums für Inneres  
lt. Note vom 7.3.1988, Zl. 94.103/138-III/5787, beehrt  
sich die Prokuratur, zum Ministerialentwurf einer ZDG-  
Novelle unter Anschluß von 25 weiteren Ausfertigungen Stellung  
zu nehmen wie folgt:

Wie bereits in der ho. Stellungnahme vom 3.2.1984 zur ZDG-  
Novelle 1984 festgehalten, muß die Prokuratur darauf ver-  
weisen, daß sie mit der Vollziehung des ZDG in keinem  
Punkte betraut ist, mit Ausnahme der Verträge nach § 41  
Abs. 3 ZDG kein Anhaltspunkt dafür gegeben ist, der eine Be-  
fassung der Prokuratur erwarten läßt und auch durch die  
vorliegende Novelle keine weiteren Anknüpfungspunkte zum Auf-  
gabenkreis der Prokuratur geschaffen werden. Einschlägige  
Berichte über die Erfahrungen im Zusammenhang mit der Vollziehung  
des ZDG wurden der Prokuratur nicht zur Kenntnis gebracht, sodaß  
sie nur dort Erwägungen anstellen kann, wo sich der Anknüpfungs-  
punkt direkt aus dem Gesetz in der geltenden Fassung bzw. de lege  
ferenda ergibt.

Im Einzelnen darf nachstehendes ausgeführt werden:

1.) Nach den Erläuterungen zur ggst. Novelle ist die Neufassung des § 19a ZDG vom Gedanken getragen, eine Anpassung an § 41 WG idF BGBl.Nr. 577/83 vorzunehmen. Die letztgenannte Bestimmung sieht vor, daß Präsenzdienst leistende Wehrpflichtige, deren Dienstunfähigkeit vom zuständigen Militärarzt festgestellt wird, mit Ablauf des Tages dieser Feststellung als entlassen gelten. Während also im Geltungsbereich des WG die Entlassung ex lege bereits durch die militärärztliche Feststellung eintritt, ist für den Bereich des ZDG durch § 19a Abs. 1 nach Feststellung der Dienstunfähigkeit durch den zuständigen Amtsarzt noch ein weiterer Verfahrensschritt insoweit vorgesehen, als das Gesetz normiert, daß dienstunfähige Zivildienstleistende mit Ablauf des Tages dieser Feststellung aus dem Zivildienst zu entlassen sind. Nach ho. Dafürhalten sollte bei konsequenter Beachtung der Intention, eine kongruente Regelung zu § 41 WG zu finden, eine gleichlautende Regelung vorgenommen werden.

2.) Während § 9 Abs. 1 B-PVG sowie § 47 Abs. 7 WG vorsehen, daß die dortigen Organe berufen sind, an den weiter beschriebenen Maßnahmen "mitzuwirken", wird in der beabsichtigten Fassung des § 37c Abs. 1 ZDG normiert, daß der Vertrauensmann das Recht habe, Zivildienstleistende zu "vertreten". Im Sinne der kongruenten Lösung zum WG, wie sie lt. den Erläuterungen zu diesem Entwurf apostrophiert ist, schiene nach Dafürhalten der Prokuratur tunlich, auch hier ein Mitwirkungsrecht zu normieren. Eine Schmälerung der Rechte der Zivildienstleistenden bzw. der Vertrauensleute wäre durch eine derartige Anpassung bzw. Gleichregelung angesichts der vorgesehenen Bestimmungen der Abs. 2 und 5 des § 37c ZDG nicht zu erwarten.

Im Übrigen bestehen aus der Sicht der Prokuratur gegen den ggst. Novellierungsentwurf keine weiteren Bedenken.

11. April 1988  
DER PRÄSIDENT

i.V. (Dr. Prager)